

## **Factsheet von espace.mobilité zu den ungelösten Problemen im materiellen Umweltrecht**

### **Ausgangslage**

- Die intensiven Debatten über einen sinnvollen Gegenvorschlag zur FDP-Initiative haben Klarheit geschaffen: Neben den Fragen rund um die Verbandsbeschwerden gibt es offensichtlich und anerkannterweise eine Reihe ungelöster Probleme im materiellen Umweltrecht.
- Diese Probleme sind gravierend, denn sie belasten nicht nur die Wirtschaft, sondern sie behindern vor allem auch eine sinnvolle Raumentwicklung und eine wirkungsvolle und effiziente Umweltpolitik.

### **Ungelöste Probleme im Umweltschutzgesetz**

- Noch immer können durch Behörden Umweltmassnahmen verfügt werden, deren Nutzen und Wirksamkeit in keiner Weise erwiesen ist.
- Noch immer wird bei Umweltmassnahmen keine ganzheitliche, räumliche Betrachtung angestellt, sondern einzig auf das Einzelobjekt fokussiert.
- Noch immer wird bei Umweltmassnahmen nicht die Frage nach einem vertretbaren Kosten-Nutzen-Verhältnis gestellt.
- Noch immer werden Raumplanung und Umweltschutz gegeneinander ausgespielt mit fatalen Folgen für beide Bereiche.

### **Lösungsvorschläge von espace.mobilité**

Folgende wesentliche Probleme gilt es im Umweltschutzgesetz zu lösen:

- Stärkere Gewichtung der Wirkungseffizienz und des Kosten-Nutzen-Verhältnisses bei Umweltschutzmassnahmen  
(Stichworte: Kontraproduktive Effekte wie Suchverkehr, Ausweichfahrten, Mehremissionen etc.)
- Bessere Koordination zwischen Raumplanung und Umweltschutz  
(Stichworte: Verdichtung und Wachstum nach innen, raumplanerisch sinnvolle Standorte von Einkaufszentren und deren Entwicklung dürfen nicht durch objektfokussierte Umweltauflagen vereitelt werden)
- Bestandesgarantie für den Betrieb rechtmässig bewilligter Bauten und Anlagen  
(Stichworte: Rechtssicherheit, Investitionssicherheit, Förderung von Investitionen in ökologisch sinnvolle Sanierungen bestehender Einkaufszentren statt Ausweichen an neue Standorte an der Peripherie)

Eine Subkommission des Ständerats hat sich dieser Fragen angenommen. Deren Präsident, Ständerat Hansheiri Inderkum, hat in der Debatte vom 21. Dezember 2007 mehrmals und mit Nachdruck versichert, diese Probleme zügig an die Hand zu nehmen.

**Die Arbeiten der Subkommission sind der Schlüssel zur Lösung der tatsächlichen Probleme.**